

# Stadt Haan

Niederschrift über die

## 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 04.03.2021 um 17:02 Uhr  
in der Aula des Schulzentrums Walder Strasse

Beginn:  
17:02

Ende:  
19:34

### Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

### CDU-Fraktion

AM Karl-Ernst Dörfler online  
Stv. Klaus Mentrop online  
Stv. Monika Morwind  
AM Johannes Woike online

### SPD-Fraktion

AM Martin Haesen online  
Stv. Simone Kunkel-Grätz

### WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat  
AM Dieter Terjung online, bis TOP 3  
Stv. Annegret Wahlers online, ab TOP 4

### GAL-Fraktion

Herr Lucio Dröttboom online  
AM Tabea Haberpursch

### FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

### Schriftführung

VA Fabian Beyer

### beratende Mitglieder

Frau Gabi Bongard  
AM Dieter Smolka online

### Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

### Beigeordnete

Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

StOVR'in Doris Abel  
VA Michael Schneider  
Frau Petra Mattonet  
VA Felix Rinke  
AM Christine Kadach  
StA Anja Esser  
OStl Daniel Jonke

online  
online  
online

**Gäste**

Herr Gärtner  
AM Nicola Günther  
AM Marek Kasper

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:02 Uhr die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere alle digital Teilnehmenden - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und verweist auf das Tagen in Sollstärke.

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder Vorlage: 50/004/2021

---

#### Protokoll:

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** stellt fest, dass alle Anwesenden inzwischen bereits verpflichtet worden seien. Insoweit sei dieser TOP obsolet.

### 2./ Bericht des Seniorenbeirates

---

#### Protokoll:

**Hr. Sattler** führt aus, die Corona-Schutzimpfung der über 80jährigen sei nach wie vor ein großes Thema. Zwischenzeitlich habe die Kassenärztliche Vereinigung ihr Internetportal überarbeitet, so dass mit einer Email-Adresse auch die Anmeldung von Ehepaaren möglich sein soll. Ferner freue den Seniorenbeirat, dass die neue Website der Stadt Haan online sei, auf der auch der Seniorenbeirat und die seniorengerechte Quartiersentwicklung schon vertreten seien. Weniger erfreulich stimme ihn, dass die für das Innenstadtkonzept zuständige Firma kraft.raum die Bedenken des Seniorenbeirates bzgl. der Ausführung der aufzustellenden Sitzbänke (Anlage 1) nicht ernst nehme. Außerdem weigere man sich Alternativen, auch was das Material angehe, zu entwickeln. Die Musterbank sei heute gegenüber Tchibo aufgestellt worden.

Die City-Toilette werde wohl nächste Woche im SPUBA beschlossen und könne hoffentlich im Herbst eingeweiht werden.

Abschließend teilt er mit, dass sich die Akteure der seniorengerechten Quartiersentwicklung in Mitte/Ost/West und Gruiton darauf geeinigt hätten, die Arbeit im Rahmen von Zoom-Konferenzen fortzusetzen.

**Stv. Morwind** fragt für die CDU-Fraktion noch einmal wegen der möglichen Nässe der neuen Bänke nach.

**Hr. Sattler** erklärt, die tagelange Nässe nach Niederschlagsereignissen liege an der Beschaffenheit der verwendeten Tropenhölzer.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** wundert sich über die wenig nachhaltige Verwendung

---

von Tropenhölzern.

**Stv. Lukat** erklärt für die WLH-Fraktion, man spreche sich ganz klar gegen die Anschaffung von Bänken aus Tropenholz aus, zumal es hierzu eine eindeutige Beschlusslage gebe.

### **Beschluss:**

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **3./ Bericht der Behindertenbeauftragten**

---

### **Protokoll:**

**Fr. Bongard** erläutert, dass nach wie vor keine Präsenzsprechstunden oder Begehungen durchgeführt werden könnten. Stattdessen bestehe die Arbeit aus Telefonsprechstunden und Online-Konferenzen. Das Sommerfest „mittendrin und voll dabei“ musste pandemiebedingt auch in diesem Jahr abgesagt werden, Hoffnung bestehe noch für die im Herbst geplante Hilfsmittelausstellung.

**Hr. Smolka** wird digital zugeschaltet und erläutert seine Präsentation zum Thema „Datenlage zu Menschen mit Behinderungen in Haan“ (Anlage 2).

**Stv. Morwind** möchte wissen, welche Möglichkeiten es gebe, auf diese Menschen zuzugehen.

**Hr. Smolka** erklärt, die Leute seien den Behindertenbeauftragten überwiegend schon länger bekannt und die Kontakte würden gepflegt. Zudem nehme er an wiederkehrenden Sitzungen der Behindertenbeauftragten des Kreises Mettmann teil.

**AM Terjung** macht darauf aufmerksam, dass die online-Übertragung der Sitzung für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen nur sehr schlecht bis gar nicht zu verstehen sei. Unter diesen Umständen sei eine Sitzungsteilnahme für ihn kaum möglich.

Nach kurzer Diskussion bittet der Vorsitzende **Stv. Stracke** die Verwaltung anheim, im Sinne der Barrierearmut künftig für eine bessere Akustik in den Sitzungssälen (insbesondere bei Onlinezuschaltungen) zu sorgen.

---

**Beschluss:**

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

---

**4./ Vorstellung Frau Kadach als Integrationsbeauftragte**

---

**Protokoll:**

**VA Kadach** erklärt, bereits seit 4 Jahren bei der Stadt Haan im Bereich Wohnungswesen und Innenrevision tätig zu sein. Seit dem 01.10.2020 sei sie mit den Aufgaben der Integrationsbeauftragten und Ehrenamtskoordinatorin betraut worden. Ihre Aufgaben stellt sie gemäß des ausliegenden Handouts kurz vor. Sie befinde sich in ständigem Kontakt mit den Mitarbeitern von European Home Care und ihren Kollegen von der Asylabteilung, um eine gute Kooperation zu ermöglichen. Aktuelles Projekt seien die Online-Zugänge für die Unterkünfte.

**Stv. Lukat** möchte wissen, wie die Unterrichtsteilnahme für die Flüchtlingskinder organisiert werde.

**VA Kadach** erläutert, dass es bis vor kurzem keinen Online-Zugang in den Unterkünften gegeben habe, so dass die Kinder die Unterlagen postalisch zugeschickt bekamen. Nun aber befänden sich in allen Unterkünften Online-Zugänge in den Schulungsräumen der Unterkünfte.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** fragt, ob auch alle Flüchtlingskinder mit i-Pads ausgestattet worden seien.

**VA Kadach** bestätigt dies und betont, dass die Online-Zugänge auch für die Deutschkurse der Erwachsenen genutzt würden.

**Stv. Kunkel-Grätz** erkundigt sich nach dem lange problematischen Online-Zugang für die Unterkunft Ellscheid.

**VA Kadach** erklärt, die Verwaltung habe eine Möglichkeit über die Nutzung des Mobilfunkmastes Gruiten gefunden. Auf Nachfrage sagt sie ein regelmäßiges Berichtswesen für den SIGA zu.

**Beschluss:**

Die Vorstellung von Frau Kadach als Integrationsbeauftragte wird zur Kenntnis genommen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**5./ Strategie Unterkünfte**  
**Vorlage: 50/006/2021**

---

**Protokoll:**

**Bgo. Herz** erläutert die Vorlage der Verwaltung und verdeutlicht, dass es noch freie Plätze in den städtischen Unterkünften gebe.

**Stv. Lukat** fragt, ob das Haus Rheinland und das Seminargebäude in der ehemaligen Landesfinanzschule länger außer Betrieb sei.

**VA Rinke** führt aus, das Seminargebäude werde derzeit nach einer Umnutzung durch die Asylabteilung des Amtes 50 und den Bezirkssozialdienst des Jugendamtes genutzt. Das Haus Rheinland könnte unter Umständen wieder für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden.

**Stv. Lukat** möchte wissen, was konkret im Haus Rheinland zu tun sei, um eine Nutzung für Flüchtlingsunterbringung zu ermöglichen und wie lange dies dauere.

**StOl Rinke** legt dar, derzeit sei das Haus Rheinland außer Betrieb. Vor allem Brand-schutzarbeiten stünden an, die Details müssten mit dem Amt 65 geklärt werden. Der aktuelle Mietvertrag laufe noch bis Ende des Jahres 2022.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** lenkt den Fokus auf die Unterkunft Diekerstr. 49. Diese sei ursprünglich nur für die Nutzung von ein paar Monaten vorgesehen gewesen, inzwischen würde sie seit 5 Jahren dauerhaft genutzt. Sie stelle für die Menschen keine optimale Unterbringung dar. Er erkundigt sich, ob mittelfristig eine andere Unterbringung der dort Lebenden geplant sei.

**Bgo Herz** zitiert aus dem letzten SIGA-Protokoll:

*„Eine Aufgabe der UK Diekerstraße 49 würde voraussichtlich zu einer weiteren Belegungsverdichtung mit sozialen Spannungen in den anderen Unterkünften führen. Auch im Hinblick auf die Corona-Krise hat es sich bewährt, wenn ausreichend Ausweichmöglichkeiten vorhanden bzw. überwiegend Einzelunterbringungen möglich sind. Mit der UK Diekerstraße 49 können Flüchtlinge zudem auch im Einzugsbereich der Innenstadt untergebracht werden und werden somit nicht auf andere Quartiere verwiesen. Weiterhin wurde und wird im Rahmen der Bauunterhaltung aktiv in die Funktionsfähigkeit der UK Diekerstraße 49 investiert.“*

---

**Beschluss:**

Die Kapazitätsplanung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**6./ Haushaltsplanberatungen 2021 ff. "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" -  
hier: Bürgerantrag der JUSOS Haan & Gruiten vom 16.03.2020  
Vorlage: 10/238/2020/2**

---

**Protokoll:**

**Bgo. Herz** eröffnet mit der Bemerkung, mit der Vorlage habe die Verwaltung eine Entscheidungsgrundlage vorgelegt.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** unterbricht die Sitzung, um dem Antragsteller die Gelegenheit zu geben, seinen Antrag zu erläutern.

**Hr. Kasper** erklärt für die Jusos, den Antrag aufrecht zu erhalten und beantragt, 30 zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, diese würden kein zusätzliches Personal erfordern. Bundesweit gebe es bereits 235 weitere Sichere Häfen. Da eine europäische Lösung nicht in Sicht sei, solle auch eine Kommune wie Haan Verantwortung übernehmen.

**Stv. Morwind** sieht die notwendige Unterbringungskapazität nicht als gegeben an, da die Städte jederzeit weitere Zuweisungen erwarten könnten.

**Bgo. Herz** erklärt, aus ihrer Sicht könne derzeit nur eine Absichtserklärung abgegeben werden, da die Entscheidung über die Aufnahme weiterer Menschen mit Fluchthintergrund das Bundesinnenministerium treffe.

**Stv. Kunkel-Grätz** möchte nicht bloß ein Quorum aufnehmen, sondern auch deutlich machen, dass die Stadt Haan nicht mit der nationalen bzw. europäischen Flüchtlingspolitik einverstanden sei.

**Stv. Haesen** macht deutlich, es gehe darum, die Seenotrettung nicht zu kriminalisieren und die menschenunwürdigen Zustände in den Flüchtlingslagern zu beenden.

**Stv. Lukat** verweist darauf, dass dann auch Haushaltsmittel für 2021 zu beantragen seien, ansonsten könne auch eine Resolution beschlossen werden.

**StOVR Abel** führt aus, entsprechende Mittel seien im Falle eines solchen Beschlusses in den Haushalt einzustellen. Zum Ende des Finanzplanungszeitraumes sei die Ausgleichsrücklage verbraucht. Möglicherweise müsse die Gewerbesteuerumlage

---

erhöht werden, um den grundsätzlichen Bedarf zu decken.

**Stv. Haberpursch** erklärt, die GAL-Fraktion unterstütze den Bürgerantrag. Andere Ausschüsse hätten auch Hallenböden oder City-Toiletten beschlossen.

**Stv. Lukat** möchte keine Vergleiche zu Beschlüssen anderer Ausschüsse anstellen und meldet für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an.

**Stv. Morwind** betont, die Stadt Haan wolle gern etwas für die Flüchtlinge tun und habe dies in der Vergangenheit auch schon getan, könne aber nicht für die Probleme der Welt aufkommen. Der Haushalt müsse aber auch im Interesse aller Haaner Bürger/Innen in Balance gehalten werden.

**StOVR Abel** sieht die Kommunalsteuern als einzige drehbare Schraube zur Finanzierung des in Rede stehenden Vorhabens. Nach 10 Jahren Haushaltsdefizit herrsche in der Haaner Verwaltung eklatanter Personalmangel.

**Stv. Haesen** zeigt kein Verständnis für erneuten Beratungsbedarf, alle Informationen lägen auf dem Tisch, gegenteilige Anträge oder Vorschläge habe er noch nicht gehört.

Konkret beantragt er:

*Der Ausschuss empfiehlt dem HFA, dem Bürgerantrag der Jusos Haan & Gruiten zuzustimmen. Außerdem wird die Anzahl der zusätzlichen Aufnahme der Geflüchteten über dem Quorum auf 30 festgelegt. Die finanziellen Mittel sind im Haushalt bereitzustellen.*

**Stv. Lukat** bekräftigt, heute zum ersten Mal die konkrete Zahl von 30 zusätzlichen Flüchtlingen gehört zu haben. Zudem gehe es nicht primär um den Umgang mit einem Bürgerantrag sondern um Haushaltsplanberatungen. Sie erhalte den Beratungsbedarf ihrer Fraktion aufrecht.

Auch die FDP-Fraktion meldet Beratungsbedarf an.

**Stv. Mentrop** erklärt, er wolle diesen erkennbar populistischen Antrag nicht unterstützen. Die Anzahl der pro Kommune aufzunehmenden Flüchtlinge solle von Europa und Deutschland vorgegeben werden. Dies könnten dann auch durchaus mehr als 30 Flüchtlinge sein.

Die GAL-Fraktion formuliert den folgenden Antrag:

*Die Stadt Haan erklärt gegenüber dem zuständigen Bundesministerium des Inneren, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten (ggf. auch unter vorübergehender Überschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Quote) zur sofortigen Aufnahme von unbegleiteten Flüchtlingskindern aus den Lagern in Griechenland und den vor der griechischen und bulgarischen Grenze im Freien ausharrenden Flüchtlingen bereiterklärt.*

Letztlich meldet auch die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

---

**Beschluss:**

Es wurde verschiedentlich Beratungsbedarf angemeldet.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**7./ Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem Personal**  
**Vorlage: 50/035/2020/2**

---

**Protokoll:**

**Bgo. Herz** erläutert die Vorlage und wirbt dafür, die Alternative III zu beschließen. Im Falle der Alternative II wäre das SIM europaweit auszuschreiben. Es gebe keine Garantie dafür, dass die Caritas diese Ausschreibung gewinne. Die Alternative I sei aufgrund rechtlicher Bedenken nicht zu empfehlen.

**Stv. Morwind** legt dar, dass eine Ausschreibung die Arbeit für 5 Jahre vergibt. Am aktuellen Beispiel erlebe man, dass auch schlechte Anbieter die Ausschreibung gewinnen könnten. Daher wolle die CDU-Fraktion der Verwaltung das Vertrauen schenken.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** verweist auf die sehr schlechte Ausschreibung, die zum Gewinn des aktuellen Auftragnehmers geführt habe. Eine neue Ausschreibung müsse vereinbarungsgemäß andere Schwerpunkte setzen und nicht allein auf das wirtschaftlichste Angebot abstellen. Auch die Verwaltung mache eine solche Arbeit zum ersten Mal und befinde sich auf unbekanntem Terrain.

**Stv. Lukat** wirbt für die Alternative II, hierzu seien entsprechende Mittel für die externe Unterstützung bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Ausschreibung in den Haushalt einzustellen. Wichtig bei der Ausschreibung sei, dass qualitative Merkmale eine Rolle spielen sollten. So müssten Flüchtlinge und Obdachlose gleichermaßen betreut werden. Die Qualität der Ausführung hänge immer an den handelnden Personen, auch bei der Verwaltung finde Personalfluktuations statt. Die WLH-Fraktion hätte sich einen Zuwendungsbescheid an die Caritas im Sinne der Alternative I gewünscht, wegen der vorgetragenen rechtlichen Bedenken plädiere man nun aber für die Alternative II.

**Stv. Kunkel-Grätz** vertritt für die SPD-Fraktion die Auffassung, dass eine erneute, verbesserte Ausschreibung die beste Alternative darstelle.

**Bgo. Herz** betont, der zuständige Abteilungsleiter traue sich zu, neue Mitarbeiter ins Team einzubinden und vertrauensvoll zu führen. Auch Frau Kadach als Integrationsbeauftragte sei hoch engagiert. Zwar gebe es weder bei der Ausschreibung noch bei

---

der Ausübung mit eigenem Personal eine Garantie, doch gebe es bei letzterem eine unmittelbare Einflussmöglichkeit auf das ausführende Personal.

**Stv. Haberpursch** warnt im Falle der Alternative II davor, erneut einen Auftragnehmer wie European Home Care zu bekommen. Der Verwaltung sollte das Vertrauen ausgesprochen werden.

**Stv. Lukat** wirft ein, selbstverständlich müsse in die Ausschreibung ein Nachweis über entsprechende Referenzen des Personals aufgenommen werden.

Auch die FDP-Fraktion spricht sich für die Alternative III aus.

**Stv. Lukat** beantragt:

*„Der SIGA empfiehlt dem HFA die Alternative II. Es werden Haushaltsmittel in Höhe von mindestens 10.000 € eingestellt, um der Verwaltung externe Unterstützung bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen zu gewährleisten.“*

Dieser Antrag wird mit 7 Ja- und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

### **Beschluss:**

Alternative III: Das SIM wird ab dem 01.01.2022 vollständig mit eigenem Personal durchgeführt. Hierfür werden in der Abteilung 50-2 (Asyl) drei unbefristete Vollzeitstellen neu geschaffen. Vgl. Vorlage Nr. 50/035/2020 und 50/035/2020/1.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Ja- und 7 Nein-Stimmen

## **8./ Haushaltsplanberatungen 2021; Soziales, Integration und Generationen Vorlage: 20/006/2021**

---

### **Protokoll:**

**StOVR Abel** schlägt einleitend vor, zunächst die Veränderungsanträge abzustimmen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Zum Veränderungsantrag „Rückerstattung von periodenfremden Zuweisungen“ erläutert **VA Schneider**, dass sich die kreisangehörigen Städte zum Zwecke der Anfechtung des Rückerstattungsgesuches für 2017 durch den Kreis organisiert hätten. Die FlüAG-Pauschalen seien durch das Land NRW erhoben worden, weil man der Ansicht sei, zu viel gezahlt zu haben. Nun laufe die rechtliche Prüfung auf mögliche Verjährung.

---

**Stv. Lukat** fragt, ob die SIGA noch eine Fast ID-Ausstattung oder Dokumentenprüfgeräte auf den Weg bringen müsse.

**VA Rinke** führt zur Fast ID aus, dass damit bereits zwei Arbeitsplätze ausgestattet seien und die derzeitige kostenfreie Nutzung befristet sei. Ein Dokumentenprüfgerät liege nicht vor, der Kundenkreis besitze aber selten einen Pass. Den Bedarf hierfür erkenne er nicht, zumal auch keine gesetzliche Verpflichtung hierzu bestehe.

Die Veränderungsanträge werden **einstimmig** angenommen.

Hinweis: Der Abschnitt 050200 wird wegen des Beratungsbedarfes erst zum HFA abgestimmt.

**Beschluss:**

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2021 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

**Abstimmungsergebnis:**

12 Ja- und 3 Nein-Stimmen

**8.1. Erläuterungen zu den Haushaltsberatungen 2021**

/ **Vorlage: 50/005/2021**

---

**Beschluss:**

Die Erläuterungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## 9./ Fertigstellung der integrierten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: WTK/004/2021

---

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie. Er beauftragt die Stadtverwaltung gemeinsam mit Akteuren aus der Politik, Wirtschaft sowie Zivil- und Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe GNK Haan) mit der Umsetzung der Ausarbeitungen und Begleitung derselben.

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird mit einem Berichtswesen und Monitoring verbunden.

Die für den Prozess gegründete Organisationsstruktur (Koordination, Kernteam und Steuerungsgruppe) wird beibehalten und auf den weiteren Prozess (Umsetzung, Monitoring, Evaluation) ausgerichtet.

Die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie wird fortgeschrieben (2. Umsetzungszeitraum: 2026 – 2030), um konstant an einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu arbeiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 10./ Beantwortung von Anfragen

---

### **Protokoll:**

Es wird auf die schriftlich beantworteten Anfragen verwiesen. Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

## 11./ Mitteilungen

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** bittet die Fraktionen von CDU- und SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der unter TOP 9 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie darum, den Kiss-and-Ride-Antrag zum HFA zurückzunehmen. Das wäre eine klare Linie.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** weist Fr. Lukat darauf hin, dass diese Mitteilung thematisch nicht in den SIGA gehöre.